

Volks-Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 224

Nr. 39 a

Bezugspreis: monatlich 2 M., bei 2maliger Zahlung 2 M. 50 Pf., per annum 24 M.
Verlagsort: Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. - Fernruf: Zentrale 27 800.

Halle-Saale
Mittwoch, 16. Februar 1927

Anzeigenpreis: Die 6 Spalten zu 34 mm breite Illustrierung 15 Pfennig. Kleinere Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig.
Gesellschafter: Berlin, Bernburger Str. 80. Fernruf: 201. Verleger: Dr. Otto Heile, Halle-Saale.

Polen bricht die Verhandlungen ab
Die polnische Delegation verläßt Berlin

Warschau, 15. Februar. Der polnische Verhandlungsleiter Dr. Pragański hat an den deutschen Bevollmächtigten der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Leubke, heute ein Schreiben geschickt, in dem er unter Aufzählung des Empfangenen der deutschen Note vom 12. d. Mts. mitteilt, daß die polnische Regierung den Entschluß der Reichsregierung über die Verhandlungsunterbrechung zur Kenntnis genommen habe. Da die von Dr. Leubke angeführten Gründe für den Entschluß der Reichsregierung über den Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen hinlänglich, erachtet er es seiner Pflicht als unmöglich, in dieser Frage in eine Diskussion zu treten. Trotzdem sehe er sich gezwungen, festzuhalten, daß nach Meinung seiner Regierung die Unterbrechung der Berliner Verhandlungen nicht nur unangebracht gewesen sei, sondern auch die nach der Überzeugung der polnischen Regierung erwünschte Wirtschaftsverbesserung zwischen den beiden Ländern erschweren und verzögern könne. Hierbei fügte er sich gegenseitig, festzustellen, daß die polnische Delegation in unangenehmer Weise durch die Form der im letzten Augenblick deutscherseits erfolgten Abfrage der im Gange befindlichen Kommissionsarbeiten überfordert gewesen sei. Im Hinblick auf den erwünschten Erfolg der Reichsregierung teilt der polnische Verhandlungsleiter mit, daß entsprechend den von seiner Regierung erhaltenen Anweisungen, die polnische Delegation Berlin verläßt, ohne jedoch

Der Eindruck der polnischen Antwort in Berlin

Berlin, 15. Februar. Die Antwort des Führers der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen an den deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär Leubke, wird in Berliner diplomatischen Kreisen nicht als eine Verhärterung der Lage angesehen, da sie den Weg zu den von Deutschland angelegten diplomatischen Verhandlungen über die Ausweitungfrage offen läßt. Wenn die Note erklärt, daß die Ausweitungfrage außerhalb des Bereiches der Niederlassungsverhandlungen liege, so sieht demgegenüber die Tatsache, daß der polnische Außenminister in seiner letzten Rede vom 12. d. Mts. den Standpunkt vertreten haben, man müsse die Verhandlungen über die Ausweitungfrage fortsetzen, um in der Niederlassungsfrage einer Einigung zu kommen. In Berliner diplomatischen Kreisen erwartet man, daß die polnische Regierung selbst auf der deutschen Anregung Stellung nehmen wird und sich für die Fortsetzung hin, daß die diplomatischen Verhandlungen über die Ausweitungfrage in Warschau in Angriff kommen. Wenn übrigens die Note des polnischen Bevollmächtigten davon spricht, daß die polnische Delegation durch die deutschseitige im letzten Augenblick erfolgte Abfrage der Kommissionsarbeiten in Berlin peinlich überfordert worden sei, so weist man demgegenüber darauf hin, daß von polnischer Seite oft genug Sitzungen im letzten Augenblick aus irgenwelchen Gründen abgelehrt wurden.

Preussischer Landtag

Berlin, 15. Februar. Der preussische Landtag nahm heute nach freimüthiger Pause seine Beratungen wieder auf. Bei Beginn der Sitzung gebot das Haus durch Erheben von den Plätzen des Abwesens der Abgeordneten Göbel, Oppeln (eintritt), für den Bauernführer Gentel in den Landtag eingetreten ist, und Müller-Braun (W. Ver.), welcher nachfolgend noch nicht erkannt ist. Als Sektionschef (Komm.) beendigt den Antrag auf Verfassung des Reichstages im Verlaufe des Jahres, daß durch Reichsbeschluß länger als siebenjährige Unterlagsarbeiten im Verlaufe, insbesondere bei den Staatsgruben, verhindert wird. Nach kurzer Aussprache zwischen dem Abgeordneten Gottschalk (Komm.) Oiler (S. P. D.) und Siegerwald (W. Ver.) wird der kommunalistische Antrag dem Sonderausschuß übergeben. Das Haus setzt nun die zweite Beratung des Beschlusses über die Einziehung der Steuern, insbesondere die Einziehung der Steuern der Kommunisten verhängter Kampf gegen den Abwehrminister gefordert. Die deutschnationale Abgeordnete Frau Rood protestierte gegen die Verhaftung von Klinken und Stenforten durch die Staatsanwaltschaft. Damit war die zweite Beratung des Beschlusses abgeschlossen bis auf einige Punkte und die Abstimmungen die am Donnerstag erledigt werden sollen, beendet. Das Haus begann die zweite Beratung des Domänenausbaus, über den Abg. Weiskerl den Ausschussbericht erstattete. Abg. Pfeifer (D. Komm.) tritt für die Erhaltung eines guten Domänenverwaltungs, Landbewirtschaftungsarbeiten an der Küste und Wäldern an handliche Wälder, besonders an Hebung und Vorkommen, ein. Abg. Haushner (S. P. D.) fordert Befreiung der Naturparks. Die Staatskommissionen müßten sich verpflichten und zu unterstützen, auch in letzter Beziehung, insbesondere mit Rücksicht auf die letzten Auflagen der Landarbeiter, ausgebaut werden. Abg. Hoff (D. Komm.) weist auf die Notlage der Landwirtschaft hin. Die Reichsregierung für Domänen dürfen nicht mehr erledigt werden. Der Reiner gebührt Anträge auf Abhebung der Domänenbesitzer der Domänenbesitzer und billige Kredite für die von den Polen vertriebenen deutschen Wälder. Das Haus verläßt die Wiederberatung auf Mittwoch 15 Uhr.

Die Rheinlanddiskussion

Berlin, 15. Febr. Die direkten Verhandlungen zwischen Berlin und Paris über das schwebende Rheinlandproblem sind schon einige Tage ins Stocken geraten. Die Regierungskreise und der anschließende Kreis des Außenministeriums haben heute eine wichtige Unterbrechung der Verhandlungen herbeigeführt, die auf eine endgültige Erfüllung der in Romo gemachten Aufgaben in Bezug auf eine weitestgehende Zurückführung der Wirtschaftskraft und eine durchgehende Wiedergeburt der Rheinlandsbedingungen hinzielen. Im so fester lebt in der letzten Zeit, beschleunigt auf französischer Seite, besonders bemerkbar, die deutsch-französische Diskussion über die Rheinlandfrage in der Presse wieder auf. Unter diesen französischen Stimmen sind es ganz besonders die im "Temps" veröffentlichten Ausführungen des Grafen Vladimir D'Armenon, die nicht nur in deutschen politischen, sondern auch in Wirtschaftskreisen und zumal in den Kreisen der deutschen Wirtschaft, die dem Schicksal nachsehen, Aufmerksamkeit erregt haben. D'Armenon gehört bekanntlich als Mitglied dem sogenannten deutsch-französischen Studienkomitee an, das in der vorigen Woche seine Tagung in Berlin abgehalten hat. Schon diese Mitgliedschaft beweist, daß D'Armenon, wenn er auch politisch rechts steht, keineswegs zu den ausgesprochenen Bonapartisten zu zählen ist oder sich dem französischen Generalis keine politische Auffassung vorzeichnen läßt. Er steht auf dem Boden der Realität, die aus wirtschaftlichen Gründen eine deutsch-französische Verständigung erträgt und die sehr genau weiß, wie wichtig eine solche Verständigung für Frankreich ist. Und doch erklärt dieser Mann rund heraus, daß die Realität von Selbst nur eine "Erfindung der Welt" sei und stellt für eine vorzeitige Räumung der Rheinlande Bedingungen, denen sich Deutschland unter keinen Umständen beugen kann. Er ist das Sprachrohr sehr einflussreicher Kreise in Frankreich, die über die inneren Verhältnisse in Deutschland genügend Klarheit gewonnen haben, um zum mindesten zu versuchen, den Ausreisenden, den Deutschen bezüglich fest, so hoch wie möglich hinauszufahren. Da der Generalis einzelner Politiker und gemadte Beziehungen einzelner Parteien diese nach ihrer Auffassung dazu zwingt, einen Erfolg auf jeden Fall zu erreichen, wenn er auch noch so viele Opfer und Verletzungen kostet, so zeigt sich darin die Gefährlichkeit jener Illusionen, die immer noch mit längst abgetragenen Vorurteilen verbunden sind. So hat die Verhandlung, die D'Armenon aufstellt, so sehr auch man es begehrt, sie gerade aus diesem Grunde zu hören, weil sie einen gefährlichen Optimismus in Deutschland zerkleinert. In der deutsch-französischen Diskussion, die zweifellos fortgesetzt wird, dürfte D'Armenon doch wohl bald ein sehr wertvolles, die auch ihm als Bedenkenswert gilt, eine Antwort erhalten, die nicht und nicht darauf hinweist, daß das deutsche Recht auf frühzeitige Räumung unangenehm ist und daß jeder Zug der Einigungserklärung den Wert der Rheinlandzonen als Kaufobjekt vermindert.

Ein französischer Gendarm verurteilt

Berlin, 16. Februar. Nach Meldungen der Abendblätter verurteilt das französische Strafgericht nach seiner letzten Sitzung einen französischen Gendarm, der am 26. Januar in der Nähe von Metz, den Zug abfuhr, dessen Besatzung und sogar die Besatzung des Zuges verhaftete, indem er dem Gendarmen die Besatzung des Zuges abfuhr, so lautet, als er es genehmigt. Er sollte dann noch einen Schuß aus seinem Gewehr in die Luft ab-

gegeben. Er ist angeklagt wegen Verletzung und Trunkenheit. Der Angeklagte behauptete, er sei von zwei deutschen Militärten beleidigt worden und habe diese dann verfolgt, um ihre Personalien festzustellen. Der Schuß sei beim Entladen seines Gewehrs losgegangen. Das Urteil lautet auf einen Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist wegen Verletzung. Wegen der damit verbundenen Erregung eines öffentlichen Vergessens wurde er zu 15 Tagen ohne Bewährungsfrist verurteilt. Es ist wirklich ein Wunder, daß einmal ein Franzose bestraft wird! Aber es war ja auch nur ein Gendarm und kein Seemann! Naugier, sonst wäre er auch sicher freigesprochen worden.

Das französische Kabinett billigt Brinds Amerikanote

Paris, 15. Februar. Der Ministerrat, der heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue zusammentrat, billigte den Text, der vom Außenminister Briand auf die amerikanischen Vorklärungsvorläufe vorbereiteten Antwort. Das offizielle Kommuniqué über die Ministerratssitzung besagt nichts über den Inhalt der französischen Antworten, der sich aber, wie die Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite erfährt, mit dem bereits gemeldeten Inhalt deckt. Der Sinn der Antwort ist, daß der Briand-Plan (den seit längerer Zeit die Vorklärungsfrage ruhiert und daß die in den amerikanischen Vorklärungen angeführten Fragen nicht nur die Signaturmächte des Verfallenen Abkommens, sondern alle Nationen angeht. Die Antwort wird im Laufe des Nachmittags dem Pariser Korrespondenten der Vereinigten Staaten übergeben, der sie an seine Regierung weiterleitet. Wie die Telegraphen-Union von den Beratungen des heutigen Ministerrats weiter erfährt, werden demnächst die Militärgesetze im Parlament zur Diskussion stehen. Die Frage der Abreise der Kommissare nach London ist infolge Mangel an Zeit nicht mehr erörtert worden und wird auf die Tagesordnung des für Donnerstag einberufenen Kabinettsrats stehen.

Die Bürokratie in Sowjetrußland

Mosk., 14. Febr. Aus Moskau wird gemeldet: Die Bezeichnung "Papierene Volkenträger" ist in Sowjetrußland für die Papierverwertung üblich geworden, die erforderlich sind, um Jahresabschlüsse und Rechenschaftsberichte der Kommunisten sowie der gegenständlichen Berechnungen der Zölle und Spindlrate herzustellen. In der Spitze der Kommissare steht der Kommissar der Gendarmen, das jährlich 420 000 Kub Papier benötigt, d. h. ein Viertel der Gesamtproduktion an Papier in Sowjetrußland, um seine Berechnungen zu machen. Würde man diese Papiermengen auf einmal herantonsportieren wollen, so wären hierfür mehr als zehn Jahre zu je 40 Waggons erforderlich. Der Rechenschaftsbericht des Kommissars umfaßt eine achtstellige Bibliothek diebedeutender Bücher von zusammen 28 000 Druckseiten. Das Material für diesen Rechenschaftsbericht war auf 1875 000 Seiten niedergeschrieben, und die 20 Familienverordnungen hatten die Menge dafür auf 80 Millionen Seiten vergrößert. Nach dem 20. Dezember 1926 hat die Sowjetregierung über den Mangel an Papier eine Spende zwischen den Kommunisten davon zu haben. So hat die Moskauer Handelskammer auf 447 885 Anträge unantwortet gelassen, und der Verband der Gewerkschaften hätte es sogar auf die Verantwortung von 692 393 Fragen gebracht. Mit welchen Un-

summen der Staatskassensatz durch diese Papierwirtschaft an Material und Arbeitskraft belastet wird, zeigt sich an dem einzigen typischer Beispiele. Die Jahresbilanz eines verhältnismäßig kleinen Zuges, wie der Moskauer Zuchttrupp, veranschlagt für seine Jahresbilanz 1 306 284 Rubel. Zu welchem Massenaufgebot von Schreibern die Gendarmen durch solche Beschäftigung gezwungen sind, wird am Beispiel eines 400 Mann starken Regiments deutlich gezeigt: von 188 Angestellten setzen 115 bei Buchhalterei bedienstet, dafür gibt es aber nur 70 Arbeiter.

Reichshausler Marx zum Fall Heubell

Berlin, 15. Februar. Die "Germania" veröffentlicht in ihrer heutigen Abendausgabe eine Unterredung mit Reichshausler Marx über seine Stellungnahme zum Fall Heubell, die als wichtigster Anlaß gegeben hat. In der Unterredung erklärte der Reichshausler u. a., daß es ihm lediglich um die Klärung des Falles Heubell ankomme, und daß er nicht allgemeine Reichsfragen erörtern werde. Man könne also seinen Radel gegen den Verhandlungsbeschluss auf seinen Verhandlungsbeschluss legen, der während der Haupt-Tage der verfassungsmäßigen Verhandlungen seiner Vorgesetzten nicht Folge geleistet habe. Im Falle Heubell liegen die Dinge so, daß ihm die objektive Rechtsmäßigkeit der Abänderung des Militärverfassungsbereichs unbekannt geblieben waren. Hinzu kommt, daß der militärische Ausnahmestellung seit dem 18. Januar 1920 von der rechtmäßigen Reichsregierung verhängt war und daß es also keineswegs etwas besonderes war, daß Heubell (zum Beispiel einem Anwalt) Befehle des Militärverfassungsbereichs zur Ausführung zugingen. Ausdrücklich der rechtmäßigen Regierung kamen in den ersten Tagen überhaupt nicht zum Königsberg, die erste objektive Minderheit, die dort eintrat, war die Abänderung des Militärverfassungsbereichs von Heubell.

Vor einer neuen Blamage der Linken

Berlin, 15. Febr. In demokratischen Kreisen besteht nach einer Meldung des "Berliner Tageblattes" die Ansicht, die notwendigen Schritte zur Einsetzung eines parlamentarischen Reichstages durch die Reichsregierung zu beschleunigen. Die demokratische Reichsregierung hat die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses, der sich vor allem mit dem Verhalten Dr. von Heubell gegenüber dem Reichstag befassen soll, für eine Vorbedingung der Einsetzung des Reichstages angesehen. Die Reichsregierung hat sich nicht nur dem Verhalten Dr. von Heubell gegenüber dem Reichstag befassen sollen, sondern auch die Erklärung des Reichstages im Reichstagsplenum erhalten. Es ist ihnen also nicht groß genug. Es liegen das schimmernde Material, das sie in der Hand zu haben glauben, man tollens zu Ende, indem sie einen eigenen parlamentarischen Ausschuss zu konstituieren trachten. Der Reichsregierung und von allen dem Parteimitgliedern von Heubell läßt kein A und kein B, wenn die linke Opposition durch ihre kampfbereiten Behauptungen, den Fall Heubell lebendig zu erhalten, aller Welt zeigt, daß die förmliche Unterlegenheit für eine Opposition gegen die neue Regierung einfach nicht zur Verfügung stehen.

Der politische Niedergang Deutschlands in seinen tieferen Ursachen

Die politische und soziale Zerrissenheit unseres Volkes ist das Hauptübel unserer Lage. Diese Zerrissenheit wird genährt und gefördert durch die Einseitigkeit der politischen Erziehung und Bildung.

Wollte man es bei dringenden notwendigen politischen Maßnahmen, zu feststehenden Interessen gegenüber den politischen Strömungen, die sich gegenständig bekämpfen, zur Erkenntnis der wahren Aufgaben und Ziele, die sich für die Verbesserung und Befreiung unserer politischen Lage darbieten, gelangen, so bedarf es überparteilicher, auf tiefe geschichtliche Erfahrung und reife Arbeit, und Menschenkenntnis gegründeter, nach allen Seiten hinweisender und gerechter Urtheile von Verfassern.

Ein solches Buch der kritischen Selbstprüfung und gerechten Kritik, das durch die Aufzählung der wahren Uebel das Ziel der Besserung und damit den Weg der Rettung weist, hat der weitbekannte Kulturhistoriker Professor Georg Steinhilber (*) jetzt geschrieben, nachdem er seit dem Abzuge wiederum als einflussreicher Kritiker unserer christlichen Zeit aufgetreten ist. Sein Hauptgrundgedanke, höchst interessantes Buch führt den Titel: „Der politische Niedergang Deutschlands in seinen tieferen Ursachen.“ Er handelt sich darin nicht um eine schon so oft dargebotene Erklärung der tatsächlichen politischen Lage der letzten Jahrzehnte und ihrer vielen Mängel und verhängnisvollen Fehler, vielmehr um die Erklärung der Frage, welche tieferen Bedingungen, Strömungen und Erscheinungen den Niedergang Deutschlands in politischer Hinsicht herbeigeführt haben.

Die beiden nach dem Zusammenbruch aufgetretenen Meinungen, einmal das eine Zerbrechen des deutschen Staatsgefüges und das andere die Erneuerung durch die modernen „wichtigen“ Strömungen der Demokratie, des Sozialismus und der Sozialen Bewegung, sind, wie der Verfasser richtig bemerkt, nicht die Ursache, sondern die Folge der tiefen Ursachen. Die tieferen Ursachen sind die in der Vergangenheit und Gegenwart liegenden Ursachen, die die Entwicklung des deutschen Volkes in die gegenwärtige Lage geführt haben.

Das Hauptergebnis ist aber, daß der Niedergang nicht in erster Linie an den Systemen und Strömungen liegt, sondern an den Menschen. Einmal an gewissen Anlageneigenen der Nation, ihrem immer wieder hervorbreitenden Mangel an politischem Sinn und Instinkt, der sich vor allem auch in dem politischen Individualismus, dem Parteilichsein der Parteien äußert. Weiter aber an dem Verfall der Menschheit gerade in der letzten Generation, in erster Linie an dem seit Jahrzehnten offenbaren Mangel an schöpferischen Persönlichkeit. Auf diesen Mangel wird am Schluß des Buches hingewiesen und es wird betont, daß die Zukunft Deutschlands hängt davon ab, daß es wieder große Männer hervorbringt.

*) Steinhilber, Prof. Dr. Georg, „Der politische Niedergang Deutschlands in seinen tieferen Ursachen.“ Hr. v. VII, 208 S., R. B. Pfeiffer Verlag, Osnabrück am Harz. Preis fest gebunden 6 RM.

Die Einzelstudentenschaften an Dr. Becker

Berlin, 14. Febr. Die Vertreter der preussischen Einzelstudentenschaften haben auf Grund der heutigen Besprechungen im preussischen Kultusministerium folgendes Schreiben an den Kultusminister gerichtet:

Die unterzeichneten preussischen Einzelstudentenschaften gestatten sich, in Beantwortung des Schreibens des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 24. Dezember 1928 folgendes mitzuteilen: Die preussischen Einzelstudentenschaften sind der Meinung, daß sie in ihrer Organisation und Praxis weder dem Geist noch dem Wortlaut der preussischen Ministerialverordnung vom 18. September 1920 abgewichen sind. Die preussischen Einzelstudentenschaften sehen sich infolge der durch den Erlass des Herrn Ministers geschaffenen Lage zu folgender Stellungnahme genötigt:

In der Realisationsfrage stellen die preussischen Einzelstudentenschaften fest, daß eine Umänderung des Aufbaus der Einzelstudentenschaften an ausländischen Hochschulen außerordentlich große Schwierigkeiten entgegenstellen. Die preussischen Einzel-

Amerika und der Dawes-Plan

Kommt eine Revision?

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 15. Februar. In der amerikanischen Öffentlichkeit, und zwar bei einflussreichen Bankiers und Wirtschaftlern der Vereinigten Staaten, besteht eine immer stärker wachsende Stimmung für die Durchführung einer Revision des Dawesplans.

Demgegenüber will der bekannte Finanzmann Henry M. Robinson als Widerstandler des Dawesplans festgehalten haben, daß Deutschland durch den Dawesplan im Jahre 1924, den Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Er muß aber gleichzeitig zugeben, daß der durch die Reparationsverpflichtungen Deutschland auferlegte Zwang, seinen Export nach jeder Richtung zu vergrößern, die Gefahr mit sich bringt, daß der amerikanische Markt von deutscher Einfuhr überflutet werde. Darauf verweist er von seiner Seite aus die in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gelangte Ansicht, daß eine Revision des Dawesplans nötig sei, vor allem zur Aufhebung des Exportzwanges, der auf Revision hinauslaufenden Reformpläne.

Robinsons Kritik — Eine falsche Rechnung

Berlin, 15. Februar. Das Reichsamt für Wirtschaftliche Angelegenheiten hat heute nachmittags eingehend mit Finanzfragen, denn die morgige Woche des Reichsfinanzministeriums vor dem Reichstag wird von großer Bedeutung für die zukünftige Finanzpolitik des Reiches sein. Das Reichsamt hat heute zu verschiedenen wichtigen Fragen Stellung genommen. Von dem Ergebnis der heutigen Kabinettsberatung hängt sehr viel ab, denn es horren zahlreiche Finanzprobleme ihrer baldigen Lösung. Die zahlreichen Auseinandersetzungen der letzten Tage über die zukünftige deutsche Finanzpolitik sind jetzt wieder durch eine Neuwertung des bekannten amerikanischen Bankiers Henry Robinson von neuem belebt worden. Seinen Überlegungen über Deutschlands zukünftige Lage, die im Dawes-Plan vorgezeichneten Reparationsleistungen zu erfüllen, muß nun zu größerer Bedeutung beigemessen werden, da er am Dawes-Plan mitgearbeitet hat.

Er stellt fest, daß Deutschland die ihm auferlegten Reparationsleistungen ohne Schwierigkeiten leisten kann.

Seine Ausführungen über die deutschen Reparationsleistungen

schaffen verpflichten sich, in Verhandlungen mit den österreichischen Einzelstudentenschaften einzutreten. Es werden dabei verschiedene Punkte zu finden, die zur Schaffung beschränkter einzelstaatlicher Einzelstudentenschaften als Gesamterziehung aller deutschen Studierenden führen können, so daß die Koalition der preussischen Einzelstudentenschaften mit ihnen erhalten bleibt. Sollten diese Versuche zu keinem Ergebnis führen, so müßten die preussischen Einzelstudentenschaften aus ihrer gegenwärtigen Einseitigkeit heraus, die in der Zukunft die deutschen Einzelstudentenschaften zur Deutschen Einzelstudentenschaft werden, werden in diesem Falle die preussischen Einzelstudentenschaften an ihrem Bestehen zur Aufrechterhaltung ihrer Realität und ihrer Zweckmäßigkeit in Betrachtung ziehen sich für ergebende Folgerungen ziehen müssen.

In der Frage der Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft sind die preussischen Einzelstudentenschaften bereit, einer Einwirkung des Reichs als Berufungsinstanz zuzustimmen.

Die preussischen Einzelstudentenschaften bitten den Herrn Minister, ihnen unter Vorbehalt dieser Maßnahmen bis zum 1. Oktober 1927 Frist zu geben.

Der Beleidigungsprozess Mahraun — von Zodenstern

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Februar. Der Ausgangspunkt für eine Reihe von Privatklagen bildet bekanntlich die Kritik, welche die „Zeitschrift für Politik“ an der Mahraun'schen Schrift über das Reichswehrministerium gerichtet hat. Der Hauptklagführer der „Deutschen Zeitung“, Major von Zodenstern, führt mit dem Mahraun'schen Organ, dem „Jungdeutschen“, eine heftige

im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft und über die internationalen Geld- und Kreditlage sind sehr anfechtbar, zum Teil falsch, und lassen eine entsprechende Intervention über die internationalen Wirtschaftsverhältnisse zulange treten. Wollte man sich, daß Deutschland nur ein Puffer seines Nationalbankrottens als Reparationsleistung abgeben müßte, Robinson flücht mit seinen Überlegungen den Optimismus der Reparationsagenten, der in all seinen Berichten immer wieder darauf hingewiesen hat, daß Deutschland bisher ohne Schwierigkeiten die ihm auferlegten Reparationsleistungen ertragen konnte und vorzuziehender auch weiter tragen werde, ohne daß sein Wirtschaftslieben dadurch erschüttert würde. Auch über die deutschen Geld- und Finanzverhältnisse hat sich der Reparationsagent bisher immer recht günstig ausgesprochen. Selbst in dieser alles gut gesehene, was selbstverständlich ergeht, da Deutschland bisher nur einen Teil der endgültigen jährlichen Reparationsleistungen getragen hat und sich immer noch in den sogenannten Schönjahren befindet. Außerdem mag die Kräfte des Reiches durch die vorläufige Finanzpolitik des Reichsfinanzministers von Zodenstern gefüllt, worfür jedoch die Wirtschaft unter einem ganz unerträglichen Steuerdruck zu leiden hat. Dieser müßte, nachdem einmal die Währung und die Finanzpolitik des Reiches gefestigt war, unbedingt gemindert werden, um Reichsfinanzminister Reichslohn auszuheben, er hat seinen Vorschlägen um rund eine halbe Milliarde gestimmt hat.

trouben selbst die deutsche Wirtschaft nach unter einem viel zu hohen Steuerdruck. Es muß das Bestehen jedes Reichsfinanzministers sein, die Steuern weiter zu senken, um die Wirtschaft zu entlasten.

Die bisherigen Reparationsleistungen und die gegenwärtige Finanzlage des Reiches lassen noch keineswegs den Schluß auf die weitere günstige Entwicklung der künftigen Reparationsleistungen zu. Doch die Umstände über die Möglichkeit Deutschlands bezüglich der Reparationsleistungen außerordentlich stark gefestigt, daß es sich davon heraus, daß auch Henry Robinson feststellte, die amerikanischen Bankiers seien der Ansicht, daß die deutschen Reparationsleistungen herabgesetzt werden müssen. Auch der frühere britische Schatzkanzler Mr. Stenna ist mit der Ansicht übereinstimmend, daß die deutschen Reparationsleistungen im Hinblick auf die Weltwirtschaftslage wesentlich anders als von Robinson angesehen.

Presefische. Die Äußerungen, die in verschiedenen Artikeln des „Jungdeutschen“ gemacht worden sind und mit denen Major von Zodenstern's Bericht korrigiert werden, werden nun in der Beleidigungsfrage, die am 4. März vor dem Schöffengericht Berlin Mitte zur Verhandlung gelangt, nach jeder Richtung hin untersucht werden, und man wird dabei voraussichtlich auch noch einigen Anklagen über das Zulassen der Beleidigung zu verurteilen. Auch der frühere britische Schatzkanzler Mr. Stenna ist mit der Ansicht übereinstimmend, daß die deutschen Reparationsleistungen im Hinblick auf die Weltwirtschaftslage wesentlich anders als von Robinson angesehen.

Die Grippe in Europa. Der neueste Bericht des Reichswehrministeriums besagt, daß nach den statistischen Angaben der Berliner Allgemeinen Krankenkasse in den letzten Tagen des Monats Januar ein weiterer Rückgang der Grippe festzustellen ist. In der Woche vom 22. Januar bis 1. Februar sind in Berlin 21 Todesfälle an Grippe zu verzeichnen. In England ist die Grippe in milderer Form im Zusammenhang mit der Grippebehandlung angenommen. In der ersten Woche sind über 1000 Erkrankungen und 400 Todesfälle festgestellt worden. Ein Anstieg der Epidemie wird außerdem aus der Tschechoslowakei, aus Portugal, Ungarn und Japan gemeldet.

Und im Unglück nun erst recht!

Ein deutscher Roman von Hermann Richter.

Die achtzehnjährige Madeleine sah im weißen Saustkleid auf dem geräumigen Balkon der eleganten Villa am Quai de l'école de médecine in Genf und schaute verlorren die Arde entlang, die bald der aus dem Genfer See gefülligten Rhône die Hand reichete, und dann nach Süden, wo man die weißen Felsen des Montblanc abtete. Sie hatte den Roman von Remonier „Le Mal“ beiseite gelegt. Der Roman war nämlich der Sommerzeit, den der Dichter mit glühendem Wurzelsaft im ersten Teil geschrieben, — aber er enthielt nicht so viel Sumpf und Glänze, wie die meisten französischen Autoren.

Sie hörte nicht die Jafe, die fast allem die Befehl der Mutter ausrichtete. Mit einer abwehrenden Handbewegung schaute sie den Eindringling hinaus.

Ihre Gedanken waren bei den Menschen. Ein unendliches, nie getannes Sehnen nach der Ferne erfüllte ihr Herz.

Sie hörte sie die Frau, der sie den Namen Mutter geben mußte, — die Frau, der mit vierzig Jahren der Hirt und rauschende Feste nach dem Abendhimmel ausmachte, die den Vater betrog und mit gläserner Maske vorgab, ihn zu lieben.

Und der Vater — der Vater war anders. Ernst. Arbeitsam. Idealist in allem — wie es nur ein früherer Deutscher sein konnte. Er glaubte an den Völkerverbund, an den Völkerverbund. Er merkte nicht, daß die Schlafpulver nur dazu bestimmt war, die kranken Völker in Sicherheit einzuwiegen, ihnen eine Karntappe überzustülpen, damit sie die Wüsten der Franzosen nicht merkten. Diese Verführung Frankreichs — ihres Vaterlandes.

Was' wichtig ihr Vaterland? Die Mutter war edle Französin. Sie selbst aber fühlte deutsches Blut in ihren Adern.

Und die Kammerfrauen auf des Vaters Stirn, die oft tiefertragenden Augen hoben für nur Genüge, daß die Macht des Geldes, das er unter dem ungeliebten Einfluß der Mutter

erlaubt, ihn nicht glücklich machte. Sie ahnte die schlaffen Räder, die er verbrachte, den drückenden Alp des kalten Steinpalastes, den er mit dem Erlös fremder Bluts- und Schweitropfen und mit den Tränen der Witwen gefüllter Gelben gebaut. Und blieb doch Mitglied des Völkerverbundes, Mitglied der interkontinentalen Kommissionen, die Deutschland droffeln wollten!

War sein Wille so schwach, das Völkerverbande endlich zu zerreißen — den Vulkan zu stützen, auf dem er das Kartenhaus seines Lebens aufgebaut?

War er ein Mann?

Sie schauderte. Hier in diesem Hause wohnte das Grauen, hier waren keine Seelen. Hier war nur Sumpf und Sünde.

Die Mutter rauschte herein in ihrer glänzenden Abendtoilette.

„Madeleine!“ — rief sie auf — „noch im Saustkleid?“ Madeleine wandte sich, ohne aufzustehen, langsam um.

„Ich komme nicht mit, Mutter.“

Die Mutter erschauerte. Sie kannte den harten Schadel der Tochter. Bei dieser wichtigen Sache mußte sie diplomatisch vorgehen. So begwang sie sich, wenn auch ihr leidenschaftliches Temperament sie zittern machte, und sagte beglittend:

„Sind, du mußt mit! Der japanische Graf Ichi, die rechte Hand des Vorgesetzten des Völkerverbundes —“

„Der schlafwache Affe —“

„Welche Sprache, Madeleine!“ Nur mühsam beherrschte, fuhr sie fort: „Er interessiert sich für dich!“

„Sobal für mich! Wie gnädig von dem hohen Herrn! Und der Vater —“

„Gott, der Vater — Er wird schon den Hund segnen, wenn es so weit ist.“

Madeleine sprach auf und blühte die Mutter an: „So — also verabschieden wollt ihr mich —“

„Ich verlange Achtung von dir, Mabeleine! Bist du nicht, daß ich deine Mutter bin!“

„Meine — Mutter!“ murmelte Madeleine mit zuckenden Mund.

Die Tür öffnete sich.

Ein hochgewachsener Mann, Mitte der Vierzig, mit meltemer Haar und Wort, trat auf den Balkon, blühte sich nach dem Schmal, überdeckte ihn Claire mit einer galanten Bewegung und sagte verwundert zu den beiden:

„Was geht hier vor?“

Claire brach in Weinen aus.

„O Frédéric, Madeleine weigert sich, die Gesellschaft bei dem japanischen Völkerverbande mitzumachen.“

„So laß sie doch zu Haus!“

Claire knippte mit dem Fuße auf.

„Ich will aber, daß sie mitgeht.“

„Wenn's ihr keinen Spaß macht, liebe Claire.“

„Ihre Anwesenheit heute abend ist wichtig.“

Frédéric de Gauter holte sein schweres goldenes Zigarettenetui hervor und zündete sich gemächlich eine türkische Zigarette an.

„Wie? Zigarette gefällig? Und willst du nicht Mal nehmen?“

Im unteren Teil der Seite sind verschiedene kleine Textfragmente zu sehen, die teilweise abgeschnitten sind. Sie scheinen aus anderen Artikeln oder Berichten zu stammen, aber sind nicht vollständig lesbar.

Der...
Seit...
Auf...
1. Die...
2. Die...
3. Die...
4. Die...
5. Die...
6. Die...
7. Die...
8. Die...
9. Die...
10. Die...
11. Die...
12. Die...
13. Die...
14. Die...
15. Die...
16. Die...
17. Die...
18. Die...
19. Die...
20. Die...
21. Die...
22. Die...
23. Die...
24. Die...
25. Die...
26. Die...
27. Die...
28. Die...
29. Die...
30. Die...
31. Die...
32. Die...
33. Die...
34. Die...
35. Die...
36. Die...
37. Die...
38. Die...
39. Die...
40. Die...
41. Die...
42. Die...
43. Die...
44. Die...
45. Die...
46. Die...
47. Die...
48. Die...
49. Die...
50. Die...
51. Die...
52. Die...
53. Die...
54. Die...
55. Die...
56. Die...
57. Die...
58. Die...
59. Die...
60. Die...
61. Die...
62. Die...
63. Die...
64. Die...
65. Die...
66. Die...
67. Die...
68. Die...
69. Die...
70. Die...
71. Die...
72. Die...
73. Die...
74. Die...
75. Die...
76. Die...
77. Die...
78. Die...
79. Die...
80. Die...
81. Die...
82. Die...
83. Die...
84. Die...
85. Die...
86. Die...
87. Die...
88. Die...
89. Die...
90. Die...
91. Die...
92. Die...
93. Die...
94. Die...
95. Die...
96. Die...
97. Die...
98. Die...
99. Die...
100. Die...

